

General-Anzeiger

Elberfeld
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenau-Str. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 478.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Bergische Nachrichten.)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Die Pfalz soll vergewaltigt werden.

Die Rheinlandkommission stellt den Antrag auf Bildung eines „Autonomen Staates“. — Zweifelhafte Haltung der Sozialdemokraten. — Ablehnung durch den Kreistag.

GA Speyer, 24. Okt. (Drahtb.) Heute mit 12 Uhr fand eine Sitzung des Kreistages der Pfalz statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Dr. Bayersdorfer, eröffnete die Sitzung. Die Tribünen waren stark besetzt. Vertreter aller Wirtschaftskreise waren im Hause anwesend. Der Vorsitzende erklärte, er möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um an die öffentlichen Stellen und an den General de Meß sich zu wenden, damit die Gefangenheiten wieder freigegeben würden und die Ausgewiesenen wieder zurückkehren könnten.

Dr. Bayersdorfer führte dann weiter aus: „Eine schwere Not ist über uns gekommen. Der heutige Tag wird der entscheidendste Tag sein in der ganzen Geschichte der Pfalz.“ Er erließ sodann dem

Vertreter der Rheinlandkommission,
Major Louis,

das Wort zu folgendem

Antrag:

„In Anbetracht dessen, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allerwichtigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, in Anbetracht ferner der heutigen beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab

die Pfalz als autonomer Staat

mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlichst und unbedingt gegenüber der Internationalen Rheinlandkommission zur Mitarbeit mit ihr in Gegenwart und für die Zukunft in strengster Loyalität für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Garantierung der geschuldeten Reparationen und der nötigen Sicherheit Frankreichs erforderlich ist.

Nachdem Major Louis diesen Antrag verlesen hatte, verabschiedete er sich.

Der Vorsitzende teilte mit, daß die Parteien über den Antrag beraten würden, und vertagte die Sitzung auf kurze Zeit. Vorher stellte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann (Kaiserslautern), der mit dieser Erklärung in Verbindung eine Rede gehalten, die zu diesem Antrag geführt hätten. Der Kreistag verweigerte mit einer Mehrheit von 13 Stimmen dem Abgeordneten Hoffmann das Wort.

Nachmittags trat der Kreistag zu einer zweiten Sitzung zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende, Geheimrat Dr. Bayersdorfer, erklärte: „Wir haben heute morgen mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit der angeordneten Frage den Kreistag suspendiert.“ Er verlas dann die Erklärung, wonach der Kreistag in der Frage der Erklärung der Pfalz zum autonomen Staat nach Paragraph 18 der Reichsverfassung in keiner Weise zuständig sei. Der Antrag des Generals de Meß, daß der Kreistag die Regierung übernehmen solle, sei damit für den Kreistag erledigt.

Der Vorsitzende stellte die Frage, ob sich jemand zu Worte melde.

Nach langer Pause meldete sich niemand. Der Vorsitzende fuhr fort: „Damit ist die Sache für uns erledigt. Ich habe noch mitzuteilen, daß sowohl das Reichskabinett wie das bayerische Kabinett heute nach sich mit der pfälzischen Frage beschäftigt hat, und beide sind zu dem Entschluß gekommen, daß jede Änderung des bestehenden Zustandes als Landesverrat zu betrachten sei.“ (Stürmischer Beifall der Kreistagsmitglieder und Tribünenbesucher.)

Damit wurde die Sitzung des Kreistages geschlossen.

Um 4 Uhr fanden Besprechungen verschiedener Korporationen mit dem General de Meß statt. Wie verlautet, lehnen die bürgerlichen Parteien den Vorschlag eines autonomen Staates ab, während die sozialdemokratische Fraktion nicht einig ist.

Die pfälzischen Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratische Partei der Pfalz verbreitet ein Flugblatt, in dem darauf hingewiesen wird, daß Bayern die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Auflehnung gegen das Reich befinde. Die Sozialdemokratische Partei lehne sich daher genötigt, aus dieser Lage in Bayern die Folgen zu ziehen: die Pfalz könne nicht mehr bei Bayern bleiben. Die Sozialdemokratische Partei der Pfalz habe deshalb die Initiative ergriffen

zur Lösung der Pfalz von Bayern und zur Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des Reiches.

Ueber die Verhandlungen, die zwischen dem französischen Oberdelegierten der Pfalz, General de Meß, und Vertretern der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz zur Lösung der Pfalz von Bayern und wegen der Erklärung der Pfalz zum autonomen Staat geführt worden sind, teilte der Vorsitzende des pfälzischen Kreistages in der Sitzung dieser pfälzischen Körperschaft nachfolgendes mit:

„Der Beschluß der französischen Besatzungsbehörde ist durch Verhandlungen zu Stande gekommen, welche die Herren Bürgermeister Kleesort (Ludwigshafen), Wagner (Ludwigshafen) und Hoffmann (Kaiserslautern) mit dem General de Meß geführt haben.“

Ein Entschuldigungsversuch des Vorwärtis.

Zu dem Buch in der Pfalz unter Zustimmung der pfälzischen Sozialdemokraten schreibt der „Vorwärtis“:

Die Pfalz ist durch den Münchener Putz gegen das Reich in eine unhaltbare Lage gekommen, aus der sie jetzt die Konsequenzen zieht. Sie geht den Weg, der ihr durch ihr Lebensinteresse vorgeschrieben ist, von Bayern zum Reich. Die Pfalz war zum ersten Male schon im 13. Jahrhundert zu Bayern gekommen. Sie wechselte auf dem Wege der Erbteilung und im Kriege vielfach ihre Herrscher. Ende des 18. Jahrhunderts wurde sie dann wieder mit Bayern unter einem Herrscher vereinigt. Sie kam in den napoleonischen Kriegen unter französische Herrschaft und wurde nach dem Friedensschluß von 1815 und 1816 wieder deutsch, das heißt zum großen Teil bairisch. Nach dem Weltkrieg geriet die Pfalz unter französische Besetzung, blieb aber ein Teil des Reichsstaates Bayern. Sie hat ungefähr eine Bevölkerung von einer Million, etwa den siebten Teil der Bevölkerung ganz Bayerns. Nach der Verfassung hätte eigentlich die Abfassung der Pfalz von Bayern nur in der Form einer Volksabstimmung stattfinden dürfen, die anzunehmen unter den augenblicklichen Verhältnissen unmöglich ist. Die Pfalz kann sich aber nicht verfassungsmäßig an einen Staat gebunden fühlen, der selbst die Reichsverfassung bricht. Vor die Wahl gestellt, entweder sich an einem Treubruch gegen das Reich mitzuschuldig zu machen oder formale Vorschriften für die Erlangung ihrer Selbstständigkeit außer acht lassen zu müssen, wählt sie den zweiten Weg, und sie tut recht damit. Sie rettet sich vor bairischen Separatisten, wie vor französischen Annexionsgünstigen und vollzieht damit vielleicht die entscheidende Tat zur Rettung des Reiches.

Weiteres über die Vorgeschichte.

GA Speyer, 25. Okt. (Drahtb.) Am Dienstag erschienen bei dem General de Meß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hoffmann, der früher, 1919, bayerischer Ministerpräsident war, und zwei andere Sozialdemokraten und erklärten ihm, daß sie am Mittwoch im Kreistag den Antrag stellen würden, angesichts der Entwicklung der Verhältnisse in Bayern die Pfalz zum selbständigen Staat im Rahmen des Reiches auszurufen. Sie erklärten sich bereit, mit der Internationalen Rheinlandkommission zusammenzuarbeiten und alle Reparationsverpflichtungen zu übernehmen. Auf Grund dieser Versicherungen hat anschließend Major Louis, der Vertreter des Generals de Meß, den Antrag gestellt, die Pfalz als autonomen Staat mit einer provisorischen Regierung zu bilden.

Das Verhalten Hoffmanns, des Hauptvertreters in der Autonomiefrage, ist um so eigenartiger, als in der parteioffiziellen Darstellung die pfälzische Sozialdemokratie erklärt, ihre Haltung sei diktiert gewesen von dem Bestreben, die durch das Vorgehen der Münchener Machthaber verursachte Pfalz beim Deutschen Reich zu halten. Als Hoffmann damals bayerischer Ministerpräsident war, so schreibt die „R. A.“, schien eine kleine Gruppe der bayerischen Volkspartei der Pfalz (Zentrum) unter Führung des Justizrats Dr. Bohlmaier, welcher die sozialdemokratische Herrschaft in Bayern aus Schwärze bekämpfte, eine Lösung der Pfalz im Rahmen des Reiches und den Rücktritt der Pfalz an das katholische Rheinland anzustreben. Der bayerische Ministerpräsident Johannes Hoffmann vertrat aber mit Zustimmung der pfälzischen Sozialdemokratie den Standpunkt, daß eine Lösung der Pfalz von Bayern, solange ein französischer Soldat auf pfälzischer Erde stehe, gleichbedeutend sei mit einer Lösung vom Deutschen Reich.

weil die Franzosen den Augenblick der Lösung dazu benutzen würden, um die Pfalz unter französische Oberhoheit zu bringen.

Erzwingung einer autonomen Pfalz?

GA Frankfurt, 25. Okt. (Eigener Drahtb.) Nach der Ablehnung des Antrages hat der Weg für den Nachmittag die sozialdemokratischen Delegierten zu sich befohlen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß ein Teil der Sozialdemokraten von auswärts von dem sozialdemokratischen Antrag vollkommen überlassen ist, und daß die Gewerkschaften nicht hinter dem Antrage zu stehen scheinen. Eine Einigung wurde nicht erzielt, und der General hat die Delegierten wieder auf Freitag bestellt. Es scheint, daß Frankreich entschlossen ist, eine autonome Pfalz zu erzwingen.

Gothverrat am bairischen Volk.

Aufruf der bairischen Regierung.

München, 24. Okt. Die bairische Regierung erläßt folgenden Aufruf:

„An das pfälzische Volk! Unverantwortliche Elemente haben nach einer heute eingetroffenen Meldung versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszulösen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Das sollte geschehen auf den Bajonetten der französischen Besetzung, mit der sich anscheinend diese Elemente ins Einvernehmen gesetzt haben. Sie wollten einen zwischen dem Reich und Bayern entstandenen Gegensatz, bei dem eine Trennung vom Reich niemals in Frage kommen kann, zum Anlaß nehmen, um ihr Unternehmen ins Werk zu setzen, das sich als Hochverrat am bairischen Vaterlande darstellt und das nicht anders als mit der Lösung der Pfalz aus dem Deutschen Reich enden können. Der gesunde Sinn der Pfälzer und ihre Treue zu dem trotz tiefsten Unfalls immergeliebten deutschen Vaterlande haben den verabschiedungswürdigen Anschlag vereitelt. Die bairische Regierung fordert der pfälzischen Bevölkerung in allen ihren Schichten und Berufs für ihr handhames Verhalten auf höchster Anerkennung beruhenden herzlichsten Dank zugleich mit der Versicherung, daß der Pfalz ihre Treue zu Deutschland und der bairischen Heimat unverwundlich bleiben wird. Bayern und Pfalz, Gott erhalt's zum Wohl unseres geliebten Vaterlandes!“

Der Beamtenabbau.

Im Reichsfinanzministerium haben Besprechungen mit den Arbeitnehmer- und Beamtenverbänden über die sogenannte Personalabbauverordnung stattgefunden. Eine Einigung wurde nicht erzielt, weil die Verbände, bei allem Verständnis für die letzten Absichten der Regierung, dem Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben von einer entsprechenden Vereinfachung und Beschränkung des gesetzmäßigen Personalapparats abhängig gemacht wissen wollen. Außerdem machten sie gewisse Abänderungsvorschläge zu dem Regierungsentwurf, die auf eine Milderung der für die Beamtschaft notwendigen Entscheidungen hätten hingewirkt. Die Regierung ist offenbar der Überzeugung, daß nach Annahme dieser Vorschläge der Zweck der Verordnung nicht oder nur unzulänglich erreicht werden kann, und daß daher dem Abänderungsvorschlägen der Spitzenorganisationen in großen und ganzen die Zustimmung verweigert, worauf die Verbände ihrerseits den Regierungsentwurf ablehnen zu müssen glauben. Eine praktische Wirkung dieses Beschlusses ist infolgedessen zu erwarten, als die Reichsregierung, die ihr mit dem Ermächtigungsgesetz gegebene Handlungsvollmacht offensichtlich auch auf die Beteiligung der Verbände anzuwenden, d. h. deren Mitwirkung auf die bloße Meinungsäußerung zu beschränken entschlossen ist. Der Regierungsentwurf bringt außer dem bereits bekanntgegebenen noch weitere Einzelheiten. Der Artikel 10 bringt wichtige Veränderungen für die Versorgungsverhältnisse der im Genuss Privatwirtschaftlicher Ruhegehalt stehenden Beamten. Während nämlich bisher privatwirtschaftliche Ruhegehalt außer Betracht blieben, sollen sie künftig von einer bestimmten Höhe an, nämlich von den jeweiligen Bezügen der Gehaltsgruppe 7, auf das Ruhegehalt zur Hälfte angerechnet werden. Dabei ist die Anmeldepflicht für die Privatwirtschaftlichen Arbeitskräfte und die Ausdehnung der Pensionsfürsorge auf diese Artigen der ehemaligen Beamten vorgesehen. Artikel 11 bringt eine gewisse Verschärfung der fogenannten Sperrgesetze. Artikel 15 das Entlassungsrecht gegenüber verheirateten weiblichen Beamten und Beamtinnen. Artikel 16 fordert die Entlassung bzw. das Verbot der Einstellung von Angehörigen. Artikel 17 bestimmt die Ungültigkeit der Demobilmachungsverordnungen und des Betriebsratsgesetzes bei Entlassung öffentlicher Angestellter und Arbeiter.

Verbot des deutsch-völkischen Parteitages

GA Berlin, 24. Okt. (Eig. Drahtb.) Der für kommenden Samstag anberaumte Parteitag der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Rostock ist durch das Ministerium verboten worden, da eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit befürchtet wurde. Die deutschvölkischen Abgeordneten haben gegen das Verbot Protest erhoben.

General Smuts an Wilson.

Kritik des Friedensvertrages, der gegen die 14 Punkte verstößt.

Wir veröffentlichen nachstehend ein sehr interessantes, bisher unbekanntes Schreiben des südafrikanischen Staatsmannes General Smuts an den Präsidenten Wilson aus dem Jahre 1919, das eine scharfe Kritik des Versailler Vertrages enthält, die mit der Betonung, daß er gegen die 14 Punkte Wilsons verstoße, beginnt. Aus dem demnach bei Paul Hoff in Leipzig erscheinenden Band der „Memoiren und Dokumente von Wilson: Smuts“, herausgegeben und in deutscher Sprache überliefert von Dr. Kurt Ziehl.

Der Brief des Generals lautet:

Britische Delegation, Paris. 30. Mai 1919.

Lieber Präsident Wilson!

Selbst auf die Gefahr hin, Ihnen lästig zu fallen, wage ich es, mich noch einmal an Sie zu wenden.

Die deutsche Antwort auf die von uns aufgestellten Friedensbedingungen scheint mir die fundamentalste Rote anzuklagen, die für uns am gefährlichsten ist und die wir mit größter Sorgfalt zu erwägen verpflichtet sind. Die Deutschen sagen im Grunde, daß wir ihnen gegenüber unter feierlicher Verpflichtung stehen, einen Wilson-Frieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit Ihren vierzehn Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist. Abgesehen von den beiden, von den Alliierten vor dem Waffenstillstand gemachten Einschränkungen, sind wir verpflichtet, einen Frieden im Rahmen der vier Capiteiler Ihrer Punkte und Prinzipien zu schließen. Und alle Bestimmungen des Friedensvertrages, die in ihrem Zweck und Ziel dagegen verstoßen oder darüber hinausgehen, würden einen Bruch des Abkommens bedeuten.

Das scheint mir völlig klar, und es ist eine Frage des Zeitpunktes, ob es derartige Bestimmungen gibt. Gibt sie es, dann ist unsere Lage in der Tat ernst, denn wie ich Sie auffasse, dieser Krieg begann mit einem Bruch eines feierlichen, internationalen Versprechens, und es war eines unserer wichtigsten Kriegsziele, internationales Recht und die Heiligkeit internationaler Verpflichtungen zu schützen. Falls die Alliierten den Krieg beendigen, indem sie dem Beispiel Deutschlands bei seinem Beginn folgen und der Welt gleichfalls mit einem „Frieden“ gegenüberstehen, dann wird unsere Schande so groß sein, daß ich schaudere, denke ich an die letzte Wirkung auf die öffentliche Meinung. Wir würden in der Tat ein schwereres Unrecht als Deutschland auf uns laden in Anbetracht dessen, was seit August 1914 alles geschehen ist, und dank des furchtbaren Schicksals, das sich gerade auf diesen Punkt konzentriert hat.

Daher erhält die Frage höchste Bedeutung, ob es im Friedensvertrage wichtige Bestimmungen gibt, die im Widerspruch stehen mit, oder nicht gedeckt sind durch Ihre Punkte und Prinzipien, oder über diese hinausgehen. Ich bemerke eine Abweichung, die gesamte Verantwortlichkeit für die Entscheidung dieser Frage auf Sie zu verlagern, und zu erklären, daß ja Präsident Wilson schließlich dem Vertrag zugestimmt hat; und er muß es doch am besten wissen, was die Punkte und Prinzipien befehlen wollen. Das bedeutet Ihnen gegenüber eine große Ungerechtigkeit, und ich meine, wir sollten der Frage die ernsteste Beachtung schenken, ob unser Friedensvertrag sich im Rahmen der vier Capiteiler Ihrer Reden von 1918 hält.

Offen heraus, ich glaube nicht, daß das der Fall ist, und es scheint mir, daß die Deutschen triftige Rechtsgründe in Bezug auf eine Anzahl Bedingungen vorbringen. Alle die einseitigen Bestimmungen, die Rechtfertigung oder Gleichberechtigung ausschließen, und alle die Abseitigen, von denen der ganze Vertrag strotzt, scheinen mir gegen den Buchstaben und den Geist Ihrer Punkte zu verstoßen. Ich vermag nichts in den Punkten und Prinzipien zu entdecken, was zum Beispiel die einseitige Internationalisierung deutscher Ströme und die äußerlich schlechte und einseitige Verwaltung, die in Bezug hierauf vorgesehen ist, zu rechtfertigen vermöchte. Reparationen vermögenslos vermögen nicht die in Bezug auf das Saarbeden und seine Bevölkerung getroffenen Abmachungen zu bedenken. Ich bin sogar im Zweifel, ob die Okkupation des Rheins für fünfzehn Jahre mit dem Buchstaben und dem Geist Ihrer Punkte und Grundsätze übereinstimmt; und es gibt noch viele andere Punkte, auf die ich mich nicht berufen will, die aber zweifellos Ihre Ratgeber einer Erwägung unterliegen werden.

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilson-Frieden schließen wollen, daß wir der Welt unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten. Wenn wir das oder nicht tun, wird es so scheinen, als brächen wir das feierliche Abkommen, das wir in vollem Bewußtsein (wie ich wenigstens glaube) geschlossen haben, und wir werden mit schwerer Schande überschüttet werden, und dieser Friede könnte dann

wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt heiligen als es der Krieg war.

Verzeihen Sie mir, daß ich Sie mit dieser Gelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Wurzel unserer ganzen Sache. Ihr sehr ergebener (Ges.): J. C. Smuts.

Smuts gegen die Ruhrbesetzung.

WTB London, 24. Okt. (Drathb.) General Smuts wurde in einer großen Rede im Südafrikanischen Klub schließlich der Ruhrbesetzung zu und bemerkte hierüber folgendes:

Das britische Volk werde zweifellos eingeladen werden, sich an der Deute im Ruhrgebiet zu beteiligen. Gari bedächtige Industrie würden sich vielleicht verweigern, die Einleitung anzunehmen. Sein Rat sei, nichts mit der Ruhr zu tun zu haben. Die Erklärung der britischen Regierung mache es für Großbritannien unmöglich, in irgendeiner Weise an dem Ruhrgebiet teilzunehmen. Die Schande und die Erniedrigung würden größer sein als dieses tolle Volk tragen könne. Wenn das britische Reich ins Ruhrgebiet gehen wolle, so könne dies auf legalen Wege geschehen und nicht durch die Vintertur einer ungesetzlichen Besetzung. Das britische Reich könne Deutschland keine moralische Unterstützung geben, die für Deutschland günstig sei. Die Stellung, die das britische Reich in der Welt einnehme, berechtige es zu einer maßgebenden Stimme in den Angelegenheiten Europas. Smuts erklärte: „Es liegt an uns, diese große Stellung geltend zu machen und auszusprechen, daß nicht ein Stand der Dinge herbeigeführt werde im Gegensatz zu uns, der in tiefer Weise die industrielle Lage und die politischen Beziehungen dieses Landes berühren und das Chaos auf dem Kontinent hervorrufen würde.“ General Smuts gab seiner Unversöhnlichkeit Ausdruck, daß, wenn Deutschland, wie er hoffe, einen letzten Appell mache, das britische Reich nicht einen Augenblick lang zögern werde, auf diesen Appell zu antworten und seine gesamte diplomatische Macht und seinen Einfluß anzuwenden werde, um Deutschland zu unterstützen und eine Katastrophe zu verhindern, die für Europa und die Welt unendlich gefährlicher sein würde als der Sturz Deutschlands.

Zu der Rede Smuts, die von der heutigen Presse als sensationell bezeichnet wird, schreiben die Times, sie werde von sehr zahlreichen Personen in England mit Aufsehen, sogar mit neubelebter Hoffnung begrüßt. Smuts spreche mit einer gewissen Zuversicht von der Möglichkeit, eine Konferenz aller an der Entschädigungsfrage interessierten Mächte, die vielleicht von noch größerer Bedeutung sein werde als der Versailler Vertrag selbst. Es seien in der letzten Zeit Anzeichen vorhanden gewesen, daß die Vereinigten Staaten von neuem, trotz der erklärten Politik entschlossener Entschädigung von den politischen Entwicklungen in Europa, empfindlicher für die wirtschaftliche Bedeutung der europäischen Tragödie werden, und der amerikanische Vorkämpfer Harves habe in einer wichtigen Rede gestern Abend die Hoffnung unterstrichen, daß seine Regierung, wenn sie eingeladen werde, bereit sei, einen Schritt zu unternehmen.

Will Amerika helfen?

WTB London, 24. Okt. Der schwebende amerikanische Botschafter Harves erklärte gestern auf einem Abschiedsessen, an dem auch der Erste Minister Baldwin teilnahm: Vor einem Jahre war es anscheinend die allgemeine Ansicht in Europa, daß der beste Weg zur Regelung in der Festsetzung des Entschädigungsbeitrages bestünde, den Deutschland wirklich zu zahlen imstande sei, daß aber diese Summe wegen der streitenden interessierten Parteien nicht festgelegt werden könne. Nur eine unparteiliche und trotzdem unabhängige Instanz könnte zur allgemeinen Befriedigung die Entschädigungen bestimmen. Die Vereinigten Staaten waren uneingeschränkt, als sie auf alle Anträge gegen Deutschland für gemeinsame Rechnung der Verbündeten verzichtet hätten. Sehr widerstrebend hat Staatssekretär Hughes vor elf Monaten an, soweit es die diplomatische Gebrauchsgeschichte, eine amerikanische schiedsrichterliche Entscheidung zu jühen. Er war sehr offen. Amerika sei an die Tür Europas gekommen, und siehe da, diese Tür war verschlossen. Die Notwendigkeit eines finanziellen Planes zur Verhinderung einer wirtschaftlichen Katastrophe in Europa sei dringend. Dieser Plan sei vollkommen möglich, da die Vorbereitung eines solchen Planes durch die Aufgabe des passiven Widerstandes seitens der deutschen Regierung durchführbar gemacht worden sei. Harves erklärte: Wenn sich dies so verhält, so ist meine Regierung tagtäglich vollkommen bereit, an einer wirtschaftlichen Konferenz teilzunehmen, wenn sie von allen Verbündeten, die in erster Linie an den deutschen Zahlungen interessiert sind, ersucht wird, daß nicht in wenigen Worten, daß unser Präsident Coolidge ebenso wie unser Präsident Harding und die Vereinigten Staaten vollkommen bereit sind, in jeder durchführbaren Weise zu helfen, die Erhaltung und Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stetigkeit in der gesamten Welt zu fördern. Wir sind bereit, einzuspringen, wie dies gekannt wird, sobald wir darum gebeten werden.

FZ London, 25. Okt. (Drathb. v. Frankfurt, Sig.) Die Auffassung der City über die Lage in Deutschland ist doch beunruhigt. Man sieht sich angezogen der Entwicklung nach. Ein sehr prominenter Vertreter der Position, erklärte die Waite und merkwürdige Reserviertheit auch derjenigen Kreise, die sich bis in die neueste Zeit an Deutschland statt interessiert zeigten, sei durchaus nicht auf einen Umschlag der Stimmung über der letzten Woche zurückzuführen, sondern lediglich die natürliche Folge der Tatsache, daß Deutschland mehr und mehr die Verantwortung über seine wichtigsten Werte verloren habe, die als materielle Unterlagen für jede Hilfe und jeden Plan dienen könnten. Für den Augenblick ist zu der völligen Unklarheit über die Position der Mächte die ebenso ändernde Unklarheit darüber hinzugekommen, ob die deutsche Regierung überhaupt noch autorisiert sei, im Namen des ganzen Volkes zu sprechen. Auch dieser noch relativ optimistische Finanzmann hält für die nächste Zeit eine internationale oder englische Finanzhilfe für ausgeschlossen. Er glaubt jedoch, daß bei einer Klärung der jetzigen Lage und bei einem klaren deutschen Finanzprogramm die frühere günstige Stimmung für Kredite sehr rasch wiederkommen werde.

Deutsche Note an den Wiederherstellungsausschuß.

Der Ausschuss soll Deutschlands Leistungsfähigkeit prüfen.

WTB Berlin, 24. Okt. (Drathb.) Heute ist dem Wiederherstellungsausschuß in Paris folgende Note

der deutschen Regierung übergeben worden:

Die deutsche Regierung hat dem Wiederherstellungsausschuß am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrreviers die Wiederherstellungslieferungen an die an der Besetzung beteiligten Mächte eingestellt habe. Der Wiederherstellungsausschuß hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß er die früheren Anträge der deutschen Regierung auf eine Neuregelung der Entschädigungsfrage als hinfallig betrachte und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 in Kraft blieben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Verhinderung der besetzten Gebiete aufgehoben hat, den passiven Widerstand aufgegeben und nachdem sie die im Zusammenhang damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen aufgehoben hat, ist damit auch ihre Entscheidung über die Einstellung der Entschädigungslieferungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinfallig geworden. Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Vertrag von Versailles an diese Mächte wieder aufzunehmen. Andererseits haben jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Vertrag von Versailles erforderlich sind.

Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrreviers und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrreviers von Deutschland eine grundsätz-

liche Änderung in den Hilfsmitteln und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie dem Wiederherstellungsausschuß bekannt ist, unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Selbstverpflichtung ihre tatsächliche Leistungsfähigkeit erklären müssen, weitere Sachlieferungen an die übrigen Mächte zu bewirken. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt tatsächlich außerstande, die Finanzierungs dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.

Die deutsche Regierung stellt daher an den Wiederherstellungsausschuß den Antrag, gemäß Artikel 234 des Vertrags von Versailles in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen.

Die Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, beschreibe ich mich hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß der Wiederherstellungsausschuß die technischen Vorschläge der königlich belgischen Regierung zur Regelung der Entschädigungen seiner Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen dem Wiederherstellungsausschuß demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Mac Kenna über die Lage.

Die französische Politik. — Englands Handel. — Die Arbeitslosigkeit. — Eine Konferenz mit deutschen Vertretern?

WTB London, 24. Okt. Der bekannte englische Bankier und frühere Schatzkanzler Mac Kenna erklärte in einer Rede in der Handelskammer von Belfast, wenn England den Stand der Handelsstätigkeit wie vor 1914 erreichen wolle, so müsse es zu allererst in ganz Europa die Bedingungen des Friedens und der Stabilität wiederherstellen, die damals bestanden. Man höre oft die Frage, ob England nicht mehr gewinnen würde durch die Verdrängung des deutschen Wettbewerbes, als es durch die Preisgabe eines Teiles seines europäischen Marktes verliere. Man höre dies besonders von denen, die die französische Ruhrbesetzung verteidigen. Wenn man jedoch den englischen Außenhandel in seiner Gesamtheit prüfe, so müsse man zu dem Schluss kommen, daß einem großen Handelslande ein vitaler Stoß nur unter großem Schaden für England selbst versetzt werden könne. England gebe mit dem Gedeihen der Welt und es fühle mit dem Niedergang der Welt. England dürfe niemals mit Gleichgültigkeit die ursprüngliche Verantwortung großer Nationen und die Fortführung des Gefüges ihres industriellen Lebens ansehen und unterfeinern Umständen könne es dies unbefristet tun. Die Hauptursache der Fortdauer der Unordnung sei die

französische Ruhrbesetzung

gewesen. Vom Standpunkt der Reparationen gesehen, sei diese Politik von katastrophaler Erfolgslosigkeit gewesen. Es sei klar, daß die Franzosen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zerstören. Das Ruhrgebiet sei nicht länger ein Atrium, sondern ein Passivum, und man werde sehen, daß Reparationen nicht von einem verarmten und ruinierten Lande erzielt werden könnten.

England habe bereits mehr durch die Arbeitslosigkeit verloren, zu der die chaotische Lage Europas so viel beitrage, als es jemals durch die Bezahlung von Reparationen wiedererlangen werde. Das von der britischen Regierung gemachte Angebot sei nicht angenommen worden und England müsse daher das Problem neu erwägen, das nach Ansicht der Franzosen die Frage der interalliierten Schulden zwischen den Regierungen ebenso wie die der Reparationen einschließe. In der Frage dieser Schulden sei England in der Lage sowohl eines Gläubigers als auch eines Schuldners. Wenn die französischen Forderungen verwirklicht würden und große Summen tatsächlich von einem geschlagenen Lande erzielt werden könnten, so scheine es, daß in der ersten Linie der Ansprüche auf dieses Geld das Recht Großbritanniens stehen müsse, für die Bezahlung einschlägig zu werden. Man dürfe sich jedoch nicht täuschen lassen. Das wahre Interesse der Welt sei Frieden. Wohlfahrt werde niemals wiedergewonnen werden durch die Erfüllung internationaler Verbindlichkeiten, da der Kampf darum die Nationen verbittere und einer endgültigen Regelung im Wege stehe.

Gabe etwa der Schiffbau von der Beschlagnahme und dem Verlust der deutschen Handelsflotte Nutzen gehabt? Auf launende Weise seien das, was England brauche, und es müsse sich gegen alle die inneren und äußeren Kräfte schütten, die sie fördern wollten. Wenn trotz aller Bemühungen der Frieden in Europa nicht erzielt werden könne, so müsse England seine Aufmerksamkeit anderswo hin lenken und aufsehen, ob es den Niedergang im auswärtigen Handel nicht durch andere Entwicklungen in irgendeinem Maße wieder weitmachen kann.

Bei der Erwägung von Forderungen des Handels und der Finanzen sei die Überwältigung der

sache, die England niemals außer acht lassen dürfe, daß es

1 1/2 Millionen Arbeitslose

habe. Es werde geschätzt, daß die Kosten für den Staat und die öffentlichen Behörden hundert Millionen Pfund Sterling jährlich betragen. Der wirtschaftliche Verlust sei jedoch weit größer.

Wohin solle man denn nach einem Heilmittel ausschauen? Die Premierminister der Dominions berieten mit den britischen Ministern über Pläne, die die Entwicklung des Reichsanbels, aber die Ausbehnung der Märkte der Dominions könne nicht rasch genug sein, um die augenblickliche Lage so schnell zu beheben, wie dies die Dringlichkeit des Falles erfordere. Andererseits müsse man zugestehen, daß England seinerlei wesentliche Verbesserungen im Außenhandel erwarten könne, während Europa bleibt wie es ist.

Mac Kenna fragte: Wohin sollen wir uns dann wenden? Wir werden auf uns selbst zurückgegriffen. In überhauf ein Heilmittel gefunden werden soll, so müssen wir es im Ausmaß unserer eigenen inneren Handels suchen. Mac Kenna fuhr fort: Wenn Arbeitslosigkeit weit über das normale Maß hinausgehe, so müsse England, ohne zu zögern, die Deflationspolitik aufgeben, die eine Ursache der Arbeitslosigkeit sei; er sage jedoch damit keinesfalls, daß England eine Politik der Geldinflation verfolgen soll. Die Abgeliefertheit der Geldinflation seien allen bewußt. Persönlich habe er jedoch keinerlei Furcht vor einer Wiederholung der Geldinflation. Die hohen Zinssätzen der Bank von England seien niemals in sicherer Gut gewesen als in den Händen des augenblicklichen Gouverneurs. Weder der Premierminister, noch der Schatzkanzler, noch der Gouverneur der Bank von England würden wohl eine derartige Politik aufheben. Seit drei Monaten sei kein Akt der Deflation vorgenommen und diese Abkehr der früheren Politik beginne bereits, ihre Wirkung zu haben. Schon seien Anzeichen vorhanden, daß die sehr ernste Depression der letzten Monate ihren niedrigsten Punkt überschritten habe. Es seien Symptome einer Besserung sichtbar, wenn die Handelswelt überzeugt sei, daß kein weiterer Versuch gemacht werden wird, um die Preise durch Kreditbeschränkung herabzudrücken, so werde der britische Handel, wie er glaube, sich bald auf dem Wege der Besserung befinden.

WTB London, 24. Okt. Die Rede Mac Kennas wird ebenso wie die Rede Smuts, besonders auch im Hinblick auf die moralische Erklärung Baldwin in Plymouth in der Öffentlichkeit viel beachtet. Es wird darauf hingewiesen, daß beide in ihren Schlussfolgerungen übereinstimmen. — Wall Street Gazette druck auf die Mitglieder der Regierung gemacht. — Der politische Berichterhalter des Star schreibt, die Bedeutung der Rede des Generals Smuts mit ihrer Warnung und ihrem Appell an Frankreich werde von den britischen Regierungsmännern, General Smuts spreche nicht als ein isolierter Dominion-Premierminister. Seine Ansichten seien die Ansichten aller Westsee-Staatsmänner, die sich augenblicklich in London befinden.

Einer der Gründe, weshalb Baldwin eine öffentliche Erklärung der britischen Außenpolitik abgegeben habe, sei gewesen, um die Willigen der Dominions-Premierminister zu erhalten, die er jetzt bestimme. Außerdem habe General Smuts persönliche Unterredungen sowohl mit Baldwin als auch mit Lord Curzon gehabt. — Evening Standard zufolge werde in der Rede mit Kenntnis des Premierministers gehalten werden. Der diplomatische Berichterhalter des Wall Street Journal, daß der Premierminister morgen in Plymouth eine wichtige Mitteilung mit Bezug auf die Wiederherstellung der Grundschaff mit Frankreich und die gemeinsame Welt-

112, die mit den Alliierten bezüglich der Reparationen und der interalliierten Schulden verhandelt werden solle, machen werde. Von hoher amerikanischer Seite in London sei zum Ausdruck gebracht worden, daß die britische Regierung mit Bezug auf die Haltung der Vereinigten Staaten, wie auf ihre Bereitschaft, an der Konferenz sobald wie möglich sich zu beteiligen, voll unterrichtet worden sei. Dem Berichterhalter zufolge seien wichtige Verhandlungen zwischen den Alliierten im Gange gewesen, um eine

Konferenz.

der Staaten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, im Dezember nach Paris einzuberufen. Eine derartige Konferenz würde sich, wie verlautet, mit den zusammenhängenden Fragen der Reparationen und der interalliierten Schulden befassen. Jede Nation würde direkt vertreten sein, so daß die Zusammenkunft folgende Vertreter umfassen würde: Frankreich (Poincaré), Großbritannien (Baldwin), Vereinigte Staaten (Hoover), Italien (Mussolini), Japan (Shibata), Belgien (Deuninck), Kanada (Macdougall), Südamerika (General Smuts), Neuseeland (Massey), Australien (Bruce). Die Absicht sei, unabhängig von der Reparationskommission und dem Währungsbeirat zu handeln. Aber technische und andere Sachverständige sowie deutsche Vertreter von hohem Rufe würden daran teilnehmen. Baldwin erklärte am morgigen Tage würde die Richtung dieser Verhandlungen widerbleiben und werde vielleicht die Erwartung hervorheben, daß eine derartige Konferenz zu einem nicht fernem Zeitpunkt aufzusammensetzen werde. Der Vorsitzende der unpolitischen Parteioffiziation, Jackson, sagte heute: Wir erwarten eine mutige Erklärung von Seiten Baldwin.

GA Paris, 25. Okt. (Sig. Drathb.) Der Berichterhalter des Journals meldet aus London aus angeblich guter Quelle, daß Verhandlungen im Gange seien zwischen Frankreich, England und den übrigen Alliierten, um für den Monat Dezember in Paris eine Konferenz aller Staaten einzuberufen, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, um auf dieser Konferenz die Frage der Wiederherstellung und der interalliierten Schulden endgültig zu regeln.

Das Reich baut Bayern goldene Brücken.

Die Vertreter der Länder stützen die Reichsregierung. — Die Länder wollen größere Selbstständigkeit haben.

WTB Berlin, 24. Okt. (Drathb.) An Stelle der abgelaufenen Reichsversammlung wurde auf Grund eines neuen Antrages Württemberg eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder in der Reichskanzlei abgehalten. Der bayerische Gesandte v. Freger legte die bayerische Auffassung über die Entstehungsgeschichte und Entwicklung des mit der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes und der Ernennung des Generalkommissars v. Raab begonnenen Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich dar und brachte, daran anschließend, zum Ausdruck, daß Bayern durch diese reichsrechtlichen Maßnahmen, die es aber dem Bundesnach einer Milderung der Ueberbannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung Ausdruck gebe, der der Grund von Konflikten schon mit verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei.

Danach ergriß der

Reichskanzler

im Namen der Reichsregierung das Wort und legte die Gründe dar, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung veranlaßt hätten, noch am Tage der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes den Reichsausnahmestatus zu erklären. Die Ernennung einer Personlichkeit wie die des Herrn v. Raab zum Generalkommissar in Bayern habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kräfte in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten und zu Gewalttätigkeiten verleitet würden. Dieser Gefahr sei der Reichsausnahmestatus als Vorbeugungsmittel entgegengestellt worden. Der Reichskanzler ging dann seinerseits ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich ein und hob bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung in ihren Bestrebungen nach einer Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Ebenso habe der Gesandte Bayerns den Wunsch zum Ausdruck gebracht, einen Weg zur Beilegung des Konfliktes zu finden. Die Regierung des Reiches wünsche auch, daß es gelingen möge, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich herbeizuführen. Zu dem von dem Gesandten v. Freger vorgebrachten Verlangen Bayerns nach einer Verminderung der Ueberbannung des unitarischen Gedankens wies der Reichskanzler auf die von ihm wiederholt öffentlich betonte Absicht der Reichsregierung in Bezug auf die Erweiterung der Rechte und Willkür der Länder auf finanziellen und kulturellen Gebieten hin. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen, und es sei wohl möglich, daß es dabei auf die Zustimmung anderer Länder rechnen könne. Vorbedingung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

In einer längeren Beschreibung vermittelten die Ministerpräsidenten und Gesandten folgende

einstimmig angenommene Erklärung:

die der württembergische Staatspräsident verlas: In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfragen für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Reichskanzler haben die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des

Verhältnisses

einer der

Im Anse

Dr. Siebe

Reich und

um schneller

aufführen.

Der Re

willfah

bi g u n g

ung herbei

ner bereit

den Länder

heren Selbst

ber selbstb

geben sei.

so bald es

Reichsau

auf zu h

schien in

Am Sch

danke der

Sieber für

Hoffentlich

dieser hal

Vor einig

und gefa

bevor, wora

Im e

Einig in

Bielefeld

dem glückl

bayerische

der Sonder

des Rheinla

stammen sin

rheinländisc

Ausherben

so sie ein

wo es ihm

gelingt, in

gendwo an

gen. Auch

dringliche

ihnen voll

eine Frage

die sie jet

werden. Er

durch die

deren Waj

haben lang

treulich ist

Sturm a

GA Duis

vormitag

gegenan

Laufe des

belegt wor

stehende

untergrise

Zu dem

non dem

Separati

ungeheuer

Signal g

auf das

traten der

berten zum

Rathauspl

man die W

Ein gro

Lonballe

dem Rath

studen den

eilige Fluch

schen Gen

auf dem

umgeho

Diese Nummer umfasst 8 Seiten.

Edelbarren 900 für 1 kg fein	1450000-15000
------------------------------	---------------



Elberfeld, Herzogstraße

Lya Mara bei uns!

Die in ganz Deutschland beliebte Film-Darstellerin in einer jener Rollen, die ihre ganze Grazie und ihren entzückenden Uebermut zur Entfaltung kommen lässt.

In diesem neuen, von
Friedrich Zelnik
in Szene gesetzten Film:



Daisy

spielt sie die Enkelin eines
englischen Lords.

Die Abenteuer einer Lady in 5 Akten.
Daisy tollt über alle Gefahren eines Lebens auf eigene Faust ausgelassen hinweg. Friedrich Zelnik hat mit diesem von F. Carlsen und H. Etting geschriebenen Film wieder ein Werk inszeniert, das in lebendiger Spannung eine Fülle von Situationen widerspiegelt, die durch das große Talent der beliebten Darstellerin in einer immer aufs neue entzückenden Mischung von Ausgelassenheit, Laune und Ernst über die Leinwand schweben.

Ferner:
Die liebreizende amerik. Filmschauspielerin
Viola Dana
in ihrem ersten neuen Film der
Saison 1924:

Kinder, ihr müßt heiraten

Diese Handlung ist das Entzückendste,
was man sich denken kann, in 5 Akten.

Außerdem: Der erste amerikanische Jolly
Bill-Schlagert:

Jolly Bill und der Gorilla

Donnernde Lachsalven.

Samstag:
Vorstellung

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Ein Riesenspektakel.

Monopol

Hofkamp 50 Elberfeld Hofkamp 50

Jede Sensation wird überboten

durch den gewaltigen
Original-amerikanischen
4-teiligen Episoden-Film in
24 Akten: 24

Aus der Produktion der Universal-Pictures
Corporation, New-York:



Der Boxerkönig von New-York

unter Mitwirk. bekannter ameri-
kanischer und englischer Boxer,
unter anderen der Schwergewichtsboxer:
Samson-Körner.

Ab heute 1. TEIL:

Der Boxer mit schwarzen Maske.

Sensat.-Abenteurerfilm in 6 Riesen-Akten.
In dem Kolossal-Großfilm wird gebotzt, geboxt
und noch einmal geboxt, bis nicht nur den
Teilnehmern der Kämpfe, sondern auch dem
Publikum die Augen übergehen.
Und was man im übrigen auch gegen diese
Art von Filmen einzuwenden haben mag: sie
haben Schwung, Tempo, Elan, so daß schließ-
lich auch der kritisch gestimmte Beurteiler
sich selbst mit mehr oder weniger scham-
haftem Erröten dabei ertappt, wie er mit
paarver Schaulust den Schicksalen des Boxer-
königs folgt, zumal dieser ein sympathischer
junger Mann mit guten Umgangsformen ist.

2. Großfilm:

Die Abenteuer einer schönen Frau.

Großer Kriminal-Gesellsch.-Film in 6 Akten.
In der Hauptrolle die bildhübsche Künstlerin
Manja Tzatschewa.

Wuchtig und packend in seiner Art, von nur
erstklassigen Künstlern gespielt, verkörpert
dieser Riesen-Film das Leben einer schönen
Frau, ihre wilden, ungezügelten Leidenschaften
und Gewaltakte gegen diejenigen, die das
Schicksal schwach und hilflos gemacht hat.

3. Großfilm:

In der Hauptrolle:

Paul Wegener . . . Lyda Salmonova

Herzog Ferrantes Ende.

Ein Riesenspektakel in 7 Akten.

Veräumen Sie nicht, sich den
1. Teil des „Boxerkönigs“ anzusehen.

h262

Kammer -Lichtspiele

Elberfeld, Schwanenstr. 26

Ab Freitag bis einschl. Montag
gelangt ein „Glanzprogramm“ zur
Vorführung.

Schlussteil des gewaltigen
amerikan. Episoden-Films:
Der beste Teil

Das Panzer- -geschoss.

6. Episode:

An der Schwelle des Todes.

Sensations-Abenteurerfilm
in 6 Riesenakten.

Verwegene und spannende Aben-
teuer mit seltenen Sensationen
zeichnen diesen Film aus. In ja-
gender Hast zieht ein Sensations-
bild vorüber mit einer endlosen
Fülle packender Ereignisse.

2. Sensationsfilm:

Das unheimliche Licht.

Kriminal-Abenteurer in 6 Akten.

Da, eines Nachts, als er in den
Chroniken seines Geschlechtes
liest, flammt es vor ihm auf, das
unheimliche, das unheimliche
Licht, von d. die alten Pergamente
melden, daß es den Tod vorseht.
erscheint ihm . . .

3. Film:

Johannes Riemann . . . Margit Barnay,

Der Liebesroman des Cesare Ubaldi.

Ein hervorragendes Drama
in 6 Akten.

In herrlicher Ausstattung hat
man hier ein dramatisches Werk
größten Stils geschaffen. Ein
tragisches Schicksal, rollt in er-
greifenden Bildern an unseren
Augen vorüber.

Zur Beachtung!

Wir machen besonders auf unsere
niedrigen Eintritts-Preise
aufmerksam.

Kultur-Film Vorstellungen

Modernen Theaters

Elberfeld

Wissenschaftliche Leitung: Studienrat

Dr. REIN, Leiter der Staatl. Naturwiss.

Hauptstelle für Rheinland und Westfalen.

Unter Mitwirkung der Stadt. Bildstelle

Elberfeld, H. Feh.

Am kommenden Sonntag

vormittags 11 Uhr

Kassenöffnung 10 1/2 Uhr:

Der Mensch

vor

hunderttausend Jahren

Verfasser:

der durch seine Ausgrabung in
Südfrankreich bekanntgewordene
Prähistoriker Dr. O. Hauser und
der Berliner Anthropologe und
Haeckelschüler Dr. Adolf Hailborn

1. Teil:

Wie der Mensch wird.

Der embryologische Beweis der

Abstammung des Menschen.

II. Teil:

Wie der Mensch wurde.

Die Beweise der vergleichenden

Anatomie, der Paläontologie

und der Blutmischung für die

Entwicklungsgeschichte des

Menschen.

III. Teil:

Wie die Menschheit war.

Vorführung einer Ausgrabung; die

eiszeitlichen Menschenrassen

und ihre Kulturperioden.

Vortrag: Studienrat Lange.

Jugendliche

haben zu dieser Vorstellung

keinen Zutritt.

h262

Leiter- u.

Kastenwagen

zerlegbar, kann in jedem

Winkel untergebracht werden

stabil und billig.

Leiterbau- u. Holzwaren-Ind.

G. m. b. H. Barmen, Allee 211. Tel. 457.

Bagg. nach Dresden

bei jeder Werks-Tagung

Samstag, 1. Oktober

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

SCALA

Kipdorf 61 ELBERFELD Kipdorf 61

Mit größter Spannung

wird der zweite Teil des größten
Films der Welt erwartet. Daß der Film
„Stanley“ wirklich als das größte
Filmwerk der Welt bezeichnet werden
kann, beweist das ausverkaufte Haus, das
wir während der Aufführung des ersten
Teiles in der vergangenen Woche fast
ständig zu verzeichnen hatten.

Ein Film, den sich jeder ansehen muß.

„Stanley“

Zweite Episode in 6 Akten.



Urwaldschrecken.

Steppen- u. Urwaldbrand

In der Hauptrolle:

George Walsh,

der beliebte und bekannte amerikanische
Filmdarsteller, das verkörperte Beispiel
von Mannesschönheit und Kraft, der fast
Unglaubliches leistet, wie es unsere Be-
sucher selbst bei Eddie Polo, Elmo
Lincoln und Luciano Albertini
bisher nicht sahen, mit seiner Partnerin

Louise Lorraine,

einer jungen, ebenso hübschen wie uner-
schrockenen Darstellerin.

Jede Episode ist in sich ab-

geschlossen und auch für den ver-

ständlich, der den ersten Teil nicht gesehen

hat, da der erste Teil in Bildstreifen

erörtert wird.

Außerdem bringen wir das herrliche, tief-

packende Drama in 6 Akten:

Gräfin Valeska

In der Hauptrolle die beliebte Künstlerin:

Hella Moja.

Zum Schluß ein köstlicher Lachschlager

mit dem sich so viel Beifall erworbenen

„Er“

Tränen werden gelacht.

Ehren- und Freikarten infolge

der ungeheuren Unkosten in dieser Woche

ungültig.

Verstärktes Orchester.

Nur erstklassige Künstler.

h358

Durch günstigen Einkauf

sind wir in der Lage, unserer wertigen Kundenschaft elegante

Damen- und Herren-Paletots

in Tuch und allen anderen Stoffarten zu niedrigen Preisen

anzubieten. Angegebene Waren hängen wir auf Wunsch zurück.

Friedrich Hamm & Co., Barmen, Berthstr. 42.

Elberfeld, Ball 34.

h262

Leiter- u.

Kastenwagen

zerlegbar, kann in jedem

Winkel untergebracht werden

stabil und billig.

Leiterbau- u. Holzwaren-Ind.

G. m. b. H. Barmen, Allee 211. Tel. 457.

Bagg. nach Dresden

bei jeder Werks-Tagung

Samstag, 1. Oktober

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.

Eintritt: 20 Pf.